

Perspektiven der europäischen Sicherheit und der Partnerschaft mit der atlantischen Allianz

Überlegungen zur längerfristigen Entwicklung Rußlands

I. Die Fragestellung in der historischen Dimension

Von Henry Kissinger in den 70er Jahren gefragt., was er über die Folgen der Französischen Revolution denke, antwortete Tschu en Lai daß es für ein Urteil noch zu früh sei. Würde dieser Maßstab an den Umbruch im Osten Europas angelegt, so wäre jeder Versuch einer Deutung, geschweige denn einer Beurteilung der Entwicklung Rußlands im sechsten Jahr nach dem Zusammenbruch der Sowjetmacht sinnlos. Doch würde dies dann auch für das gesamte 20. Jahrhundert gelten. Die Lektion historischen Denkens in China ist auch für Rußland von Bedeutung, obwohl die Spannweite historischer Entwicklungen dort nicht so groß ist wie in China: Die Veränderungsprozesse verlaufen in Rußland zumeist langsamer als im Westen Europas oder in Amerika. Die Weite des Landes entzieht sich gerafften Betrachtungen wie einer vom Zentrum her durchgreifenden Politik. Der in der russischen Geschichte nachweisbare Trägheitswiderstand der großen Masse gegen Veränderungen von oben oder von außen nutzt jede Dynamik ab, noch bevor sie sich in allen Teilen des größten Staates der Welt auswirken kann. Die Masse Rußland in Energie zu verwandeln und auf ein Ziel zu richten.. ist die schwierigste Aufgabe russischer Politik zu allen Zeiten gewesen. Spontane Bewegungen im Volk oder in einem Landesteil eigener Art wie an der Wolga oder im Nordkaukasus bei den islamischen turk-tatarischen Völkern aus der Steppe Asiens oder wie bei den Kosaken Südrußlands – haben das Staatsgefüge vom 17. bis zum 20. Jahrhundert mehr als einmal erschüttert und die Zentralgewalt für einige Zeit mattgesetzt. Doch auch solche Dynamik von unten in Bauern- und Kosakenaufständen, Rebellionen gegen die russische Herrschaft oder Abspaltungen von Rußland sind letztlich meist gescheitert', weil sie keine erreichbaren Ziele verfolgten und die Kräfte nicht ausreichten., um die Verhältnisse nachhaltig zu verändern. Auch unter dem Druck der Zwangsherrschaft bestand jedoch meist eine unsichere Balance zwischen der Regierungsmacht in Moskau oder Petersburg und den oft faktisch autonomen Provinzen., vor allem den abgelegenen., deren Gouverneure sich Zeit ließen., den Instruktionen der Regierung zu folgen. Katharina die Große notierte in ihrem Tagebuch "In Rußland wartet man immer auf 'den dritten Ukas'.. denn dem ersten folgt meist der zweite, der ihm widerspricht und erst der dritte ist ausführbar". Man sagte auch: 'Der Arm des Zaren ist lang, aber Rußland ist weit', um das russische Paradox von zentralstaatlicher Allmacht und Schwäche zum Ausdruck zu bringen. Der Autokratie standen bis zum Ende des Zarenreichs 1917 die Kräfte des Partikularismus und der Anarchie gegenüber. Selbst die bedeutenderen Zaren wie Iwan IV. Groznij in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts, Peter der Große und Katharina die Große im 18., Alexander I. und Nikolaus I. im 19. Jahrhundert sahen sich im Innern bei allen größeren Unternehmungen immer wieder auf die fließenden Grenzen ihrer absoluten Macht hingewiesen. Sie mochten ihr Reich reorganisieren, Reformen verordnen., die Bevölkerung in einem Militär- und Polizeistaat kontrollieren oder sich für die Regierung auf den Landadel stützen – nie gelang ihnen die Mobilmachung aller Energien oder die Nutzung aller Ressourcen Rußlands, weder im Krieg noch für einen Aufbau im Frieden. Stalin', der erfolgreichste aller Machthaber Rußlands in seiner Zeit, der als Sowjetdiktator das wiederhergestellte Russische Reich länger regierte als Peter der Große oder Alexander I. sah in diesem Mangel an Konzentration der Kräfte die nationale Schwäche Rußlands: "Die Rückständigkeit", wie er in seiner berühmten Ansprache

vom 4. Februar 1931 sagte: "Das alte Rußland in seiner Rückständigkeit ... fortwährend geschlagen von den tatarischen Khans ... von den Türken und Schweden, von den polnischen Adligen, den Japanern und den anglo-französischen Kapitalisten".

Die Konsequenz, die Stalin zog, konnte das Problem der Modernisierung durch permanente Generalmobilmachung in einem inneren Ausnahmezustand nicht lösen: Staatsterror und Kommandowirtschaft im Kasernenkommunismus. Die Sowjetunion erlebte auch unter dem gemäßigeren Regime nach Stalin über drei Jahrzehnte einen sich schließlich beschleunigenden Niedergang bis zum inneren Zusammenbruch und Zerfall in ihre Bestandteile um den russischen Kern mit den Abspaltungen der Randländer in Europa wie in Asien: Das dritte Experiment mit einer forcierten Modernisierung und Vereinheitlichung Rußlands vom Zentrum her war nach 75 Jahren noch vollkommener gescheitert als das erste unter "Iwan dem Schrecklichen" im 15. Jahrhundert., das rund 30 Jahre gedauert hatte., und das zweite mit Höhepunkten der Reform bei äußerer Machtentfaltung und längeren Phasen der Passivität.. dem im Petersburger Kaiserreich bis zur Revolution von 1917 etwa 200 Jahre Zeit gegeben war. Es ist für langwirkende Beispiele in Rußland wie für Stalins Faszination mit Iwan IV. und Peter I. bezeichnend, daß der Kommunist sich beide zum Vorbild nahm und ihre Politik mit Akkribie studierte.. wobei er Iwan IV. als den "ersten Revolutionär Rußlands" bezeichnete. Dabei sind die Unterschiede zwischen "Reform" und "Revolution." zwar deutlich, aber im Kern nicht wesentlich, denn ' wurden in der gesamten **Epoche** mit systematischer Gewalt zur forcierten Veränderung Rußlands unternommen, und beide endeten über die Diktatur des bürokratischen Zentralismus mit allgemeiner Repression im Ruin des Landes.

Hier stellt sich die Frage nach der "Natur Rußlands".. anders gesagt, nach dem historischen Erbe., das genutzt oder bewältigt werden müßte, nach den Traditionen und Mustern russischer Entwicklung. Diese Frage betrifft die Eignung Rußlands für Demokratie und individuelle Freiheit, den russischen Zentralismus und die russische Bürokratie als Konstanten des russischen Staates, schließlich die Nachwirkung des Imperiums und die Eventualität einer Renaissance des russischen Imperialismus, die gerade die russischen Demokraten und Vorstreiter einer liberalen Reform beunruhigt wie alle Nachbarn Rußlands und ehemaligen Sowjetrepubliken.

Unter dem zentralen Aspekt der Modernisierung muß die Frage nach der längerfristigen post-sowjetischen Entwicklung vom Erbe des "alten" und des "modernen" vor-revolutionären Rußland abgeleitet werden., ohne daß die Sowjetepoche danach übergangen werden könnte, denn alle drei Entwicklungsstufen waren formativ für die heutige Realität: Rußland hat sich von der 2.Hälfte des 19.Jahrhunderts an beständig modernisiert: Vor dem I. Weltkrieg 1913 war das Zarenreich zum 5. Industrieland nach den USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich aufgestiegen, allerdings mit einem weit niedrigeren Volkseinkommen von nur etwa 15 Prozent des amerikanischen und auch nicht mehr als einem Drittel der westeuropäischen, wobei Ostpolen und das Baltikum erheblich dazu beitrugen. Aber es war nur noch eine Frage von einem oder zwei Jahrzehnten, wann das Zarenreich eine Industriemacht im Weltmaßstab werden würde. Krieg, Revolution und Bürgerkrieg warfen Rußlands Entwicklung zwischen 1917 und 1922 zurück, so wie die Revolution von 1905 und die folgende Stagnation der Wirtschaft es zurückgeworfen hatten. Aber Sowjetrußland konnte auf dem Vorkriegs-Fundament aufbauen wie die Sowjetunion auf dem des russischen Imperiums, das nach der Revolution im Bürgerkrieg wiederhergestellt werden konnte. Die Aufbauleistung von 1924 bis 1941, auch mit einer Großrüstung für zeitgemäße Militärmacht schon im ersten Fünf-Jahres-Plan Stalins 1923-32 verbunden, wiederholte sich 1941-45 in der expansiven Kriegswirtschaft und ab 1946 im Wiederaufbau., der bis 1960 mit einem enormen Wachstum der Industrieproduktion eine Jahresfertigung von 65 Millionen Tonnen Stahl bei einer Kohleförderung von 30 Millionen Tonnen im Jahr erreichte und Kuschschow 1991 öffentlich davon träumen ließ, die UdSSR würde die USA

auch wirtschaftlich als Gesellschaftsmodell und Großmacht übertreffen. Die Raumfahrt-technologie symbolisierte diese Fortschritte mit dem "Sputnik" in der Erdumlaufbahn.

Es liegt auf der Hand, daß solche Leistungen im post-sowjetischen Rußland unter den Bedingungen der Freiheit und einer von Korruption geölten Mischwirtschaft nicht wiederholt werden können. Es ist ebenso unbestreitbar, daß die "quantitative" Produktionssteigerung, an der Gorbatschow so dezidierte Kritik übte, weil sie Ressourcen verschwendete und der Modernisierung im Wege stand., zwar notwendig ist., um die größten Versorgungsmängel zu beseitigen und den Kreislauf der Wirtschaft auf der Basis der Industriegüter wieder in Gang zu bringen., daß eine solche Leistung aber nicht ausreichen würde, um Rußland international konkurrenzfähig zu machen. Anschluß an die Technologie und Ökonomie der fortgeschrittenen Industrieländer, inklusive des sich rapide modernisierenden China., könnte durch eine Neuauflage der zentralen Planwirtschaft nicht erreicht werden: Die neuen Technologien., vor allem der Information und Kommunikation, verlangen nach Organisation privater Initiative und individueller Leistung: Staatlicher Dirigismus taugt dafür nicht. Die Frage richtet sich damit an die produktiven Kräfte im Rußland Jelzins und an die möglichen Kombinationen zwischen privaten Kapitalinteressen der "Kräfte des Marktes" und den staatlichen Interessen an ausreichenden Einkünften für die Verwaltung und Rechtspflege, für die Polizei und die Armee auf einer Rüstungsbasis, die Rußland wieder in den Kreis der international handlungsfähigen Mächte zurückführen könnte.

Die erste längerfristige Entwicklung von zentraler Bedeutung für die Lösung des Problems., beginnend mit der Bewältigung der Wirtschaftskrise, der von dieser partiell bewirkten Insuffizienz von Steueraufkommen und Staatsfinanzen und der daraus folgenden sozialen Unterversorgung der Bevölkerung, die tiefe Verwerfungen hervorrufen kann., ist wirtschaftliche Erholung. Aber Konsolidierung und Expansion der Wirtschaft können sich nur in einer bindenden rechtsstaatlichen Ordnung mit einer wirksamen Rechtspflege durch Gerichte und Verwaltung dauerhaft positiv für die Bevölkerung und den Staat auswirken. Hier besteht eine Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Politik., die im post-kommunistischen Rußland trotz erster Anzeichen einer beginnenden Besserung der Verhältnisse auch an der Schwelle zum siebten Jahr nach dem Ende der Sowjetunion noch immer schwer gestört ist. Die Reformpolitik hat noch nicht auf breiter Front gegriffen., zumal sie von vornherein vom Zusammenspiel zwischen den übernommenen Sowjetbureaukratien und den "neuen Kapitalisten" bei der Privatisierung der Staatsbetriebe und der Vermarktung der Rohstoffe.. vor allem im Ausland und größtenteils am russischen Fiskus vorbei, deformiert wurde. Dies gilt für die Ukraine, Belarus, Transkaukasien und Zentralasien wie für Rußland. Aber die kritische Masse Rußland determiniert den gesamten ehemals sowjetischen Raum und strahlt auf die übrigen Länder in Osteuropa aus.

II. Die geopolitische Dimension

Als Teil Europas wirkt Rußland seit tausend Jahren auf den Rest Europas ein., in seiner eurasischen Ausdehnung ist es der jüngeren Geschichte wie dem geopolitischen Raum Asiens verhaftet. Langfristige Entwicklungen wurden in Rußland bisher stets im Widerspiel der Einflüsse Asiens und Europas., zunächst des griechischen Osteuropa, später auch des lateinischen Westeuropa, bestimmt. So ist es nur natürlich, daß auch seit dem Ende der Sowjetunion mit dem russischen Imperium 1991 in Moskau viel über "die eurasische Natur Rußlands" mit der Suggestion einer asiatischen Orientierung der russischen Außenpolitik und Strategie diskutiert wird (1). Diese "Alternative" zur "Öffnung nach Westen" und zur Wiederannäherung an Europa mag unreal oder jedenfalls wenig ergiebig sein., eine gewisse Attraktivität wird ihr aber zuerkannt. In jedem Fall ist die Frage nach dem Verhältnis zu China und zu Japan in einer

neuen Konstellation gestellt, wobei die Probleme der Vergangenheit nicht einfach durch neue abgelöst werden., sondern das veränderte Kräfteverhältnis und die lange Grenze zu China im menschenarmen, aber rohstoffreichen Großraum Sibirien neue Komplikationen schaffen werden. Darum gebietet Rußland nicht über eine "Option" auf eine Allianz oder auf eine Verständigung mit China., etwa gegenüber dem Westen. Das Verhältnis zu Japan ist auch nach 1991 trotz einiger zögernder Entspannungsversuche in der Anlage noch immer ein blockierter Gegensatz in politischer Konfrontation geblieben.

Diese beiden asiatischen Beispiele weisen auf die Komplexität der geostrategischen Lage Rußlands zwischen Europa und Asien wie auf die politischen Herausforderungen, denen das post-kommunistische Rußland sich gegenüber sieht. Eine um etwa 6000 km längere Grenze in Zentralasien, Ergebnis der Unabhängigkeit Kasachstans und der übrigen ex-Sowjetrepubliken zwischen dem Kaspischen Meer und dem chinesischen Singkiang, kommt als risikoreiches Problem der strategischen Vorfeldabschirmung und der erweiterten Grenzsicherheit der "Russischen Föderation" in Asien hinzu. Die Sicherheitsfrage stellt sich dabei auch im Verhältnis zum islamischen Orient. Nicht nur der früher als eine Außenfront des russischen Imperiums exportierte, aber in der Epoche der Sowjetmacht militärisch gedeckte Ferne Osten stellt wegen einer schwer bestimmbar gefährlichen chinesischer Unterwanderung ein latentes Sicherheitsproblem für die kommenden Jahrzehnte., sondern vor allem der "neue Süden" in Zentralasien mit einer unsicheren., auf dem Gebiet der "Russischen Föderation" schwer kontrollierbaren Südgrenze, die am Rande des russischen Sibirien und am ethnisch nicht russischen Nord-Kaukasus verläuft.

Auch dieses dritte asiatische Beispiel zeigt., daß die Fragen der langfristigen Entwicklung Rußlands sich zu einem heute festverknüpften Problemknäuel innerer und äußerer Wirkungen verbunden haben. Unter ihnen stechen einige Dominanten hervor.. die vermutlich die russische Entwicklung längerfristig charakterisieren und die allgemeinen Ursachen neu entstehender Kausalzusammenhänge bestimmen werden.

III. Politische Entwicklungsdominanten

Vorgegeben von der in den kommenden Jahre unsicheren Wirtschaftsentwicklung, für **die auch** 1997 noch keine zuverlässigen Daten verfügbar waren, zumal etwa 50 Prozent aller Aktivitäten im verdeckten Bereich der "Schattenwirtschaft" vor sich gehen, stehen auch Fragezeichen für längere Zeit hinter den allgemeinen politischen, den regionalen, damit auch ethnisch-kulturellen und gesellschaftlichen Dominanten. Um die Bedeutung dieser ökonomisch-sozialen Vorprägung politischer Entwicklungen historisch einordnen zu können.. ist es nützlich, auf den Zusammenbruch des Zarenreichs in der Revolution von 1917 und auf den der Sowjetunion 1990-91 zurückzusehen: In beiden Fällen befand sich Rußland nach einer kurzen Zeit maximaler Belastung in akuten Notlagen. Diese waren von einem unmittelbar drohenden Kreislaufkollaps der Wirtschaft mit einer sich rapide aggravierenden Versorgungskrise, sozialer Deklassierung ganzer Bevölkerungsschichten und einer progressiven Lähmung der zentralen Staatsgewalt gekennzeichnet: Autoritätsverlust, Vertrauenskrise im Verhältnis Volk zur Staatsführung, Auflösungserscheinungen in Armee., Polizei und Verwaltung, verbundenen mit rücksichtslosem Partikularismus der Provinzen und separatistischen Bewegungen in großen Teilen des Reichs. Eine rasch um sich greifende Desorientierung in allgemeiner Konfusion über die Politik der Regierung führte schließlich zur Desintegration, in Petrograd und Moskau zur Revolution bzw zum Staatsstreich Die Unterschiede zwischen beiden Fällen sind augenfällig, aber weniger bedeutend., als es scheint: Der erschöpfende Krieg ohne erkennbare Aussicht auf ein Ende 1917, dagegen der Stillstand und Zerfall der Sowjetwirtschaft im Frieden. Allerdings stand das Sowjetregime 1990-91 ähnlich der abgewirtschafteten Zarenherrschaft auch unter

einem massiven Druck von innen und ohne Handlungsfreiheit nach außen in einer blockierten internationalen Pattsituation. Beide Systeme hatten Reformen versäumt und ihre Reaktionsfähigkeit in der Krise war erstarrt. Beide hatten keine wirksame Führung mehr. In beiden Fällen bot sich auch keine system-kongeniale Reformoption oder personale Alternative von politischer Kraft.

Würde das Präsidialregime Boris Jelzins vor den miteinander verbundenen Aufgaben der geordneten Förderung der Wirtschaft in einer rechtstaatlichen Legalität, der Sanierung und Konsolidierung der Staatsfinanzen, des Aufbaus einer konstitutionellen Demokratie in einem föderativen Staat bei einer Balance zwischen regionaler Autonomie und gesamtstaatlich handlungsfähiger Zentralgewalt, selbst in einem Präsidialsystem mit starker Exekutive für eine längere Übergangszeit.. und der Säuberung von Verwaltung und Wirtschaft von den kriminellen "Mafiastrukturen" versagen, so würde eine neue Krise mit revolutionären und diktatorischen Kräften in der Offensive gegen die Verfassungsordnung von 1993 entstehen. Die vielbeschwo-rene "Demokratisierung" Rußlands durch die "Reformpolitik", die inzwischen einige Fortschritte gemacht und auch ihre Ergebnisse zu konsolidieren begonnen hat, würde dann langfristig gefährdet. Entsprechend würde die staatliche Einheit der "Russischen Föderation" zerfallen, wenn die Zentralgewalt den Partikularismus der großen und mit Rohstoffen oder marktfähigen Produktionen ausgestatteten Regionen nicht wirksam für Volkswirtschaft und Staatseinheit begrenzen könnte. Sollte Jelzin in den verbleibenden drei Jahren seiner zweiten und letzten Amtszeit nach der Verfassung aber Erfolg, wenn auch nur im Ansatz., haben., dann würde die freiheitlich-demokratische, rechtsstaatliche und föderalistische Entwicklung für eine russische Zivilgesellschaft im westlichen Sinne in einem dezentralisierten Staat sich über die kommenden zwei Jahrzehnte festigen können. Dies wäre eine fundamentale Wende in der russischen Geschichte, ein Bruch mit der undemokratischen Vergangenheit.

Ein "demokratisches Rußland" bleibt deshalb trotz der Verzögerung in der Entwicklung seit 1991-92 und solcher Rückschläge wie der Krieg in Tschetschenien mit seinen innerrussischen Folgen oder der bisher fortschreitenden Kriminalisierung eine reale Möglichkeit für die mittel- bis längerfristige Entwicklung, wenn die nächsten beiden Wahlperioden für Präsident und Duma ohne Rückfall in ein autoritäres Regime, eine Diktatur oder Chaos mit Anarchie überstanden würde.

Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis einer russischen Demokratie im beginnenden 21.Jahrhundert zur privatkapitalistischen Marktwirtschaft., zum staatlichen Dirigismus und zum Imperialismus. Nationalismus wird in *jede* russische Entwicklung eingeschlossen sein wie in der Vergangenheit seit dem frühen 19.Jahrhundert. Rußland ist damit kein Unikat im Osten Europas oder in Asien. Der Verlust des Imperiums und der Sowjetidentität, die Wiederaufrichtung einer nationalen Identität und eines neuen russischen Patriotismus in der Krise des Zusammenbruchs, des Verlusts historischen altrussischen Bodens durch die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands und der Weltmachtqualität gegenüber Amerika.. China, Japan und Europa haben das russische Nationalbewußtsein verändert., aber zunächst auch frustriert. Der psychologische Wandlungsprozeß ist nicht absehbar.. geschweige denn berechenbar. Er wird ohnehin Jahrzehnte in Anspruch nehmen., bis eine dominante Orientierung und eine gefestigte nationale Mentalität erkennbar werden. Bis dahin werden die Dominanten der jüngeren Geschichte neben "neuem Denken" fortwirken.

Deshalb ist mit einem Fortbestand der "nationalpatriotischen" Gesinnung auch *dann* zu rechnen., wenn die bisher bekannt gewordenen Entwürfe und Parolen nationalpatriotischer Politik mit dem Ziel einer Restauration der Union mit den früheren Sowjetrepubliken unter russischer Führung und Kontrolle nicht weitergetragen werden sollten. In diesem Punkt wird das Scharnier zwischen russischem Nationalismus und russischem Imperialismus sichtbar werden wie in den Jahren 1992/97. Die Prüfsteine werden wie früher und heute die Beziehungen

Rußlands in seiner "Russischen Föderation" vor allem zur Ukraine, zu Weißrußland, zu den baltischen Ländern., zu den kaukasischen Ländern markieren. Doch werden sie auch in Zentralasien sichtbar werden. Im Innern der RF stellen die Nationalitäten und ethnisch-kulturellen Bevölkerungsgruppen in ihren, oft gemischt mit russischen Minderheiten, besiedelten Territorien, den "autonomen Republiken" (die zu den 89 "Subjekten der Föderation" oder Mitträgern der Souveränität zählen) ein poli-ethnisches Mosaik dar, das die nationale Natur Rußlands asiatisch-islamisch einfärbt und als Erbe des imperialen Rußland schon den Kernstaat der UdSSR, die RFSSR, zu einem multinationalen mixtum compositum gemacht hatte. Der Nordkaukasus, Tatarstan, Kalmykien, Baschkyrrien beiderseits der Wolga und andere kleinere autonome Gebiete mit Republik-Status beschränken die Souveränität Rußlands von innen und teils an den Grenzen. Die große russische Mehrheit und die Binnenlage der meisten dieser Teilstaaten in Rußland begrenzen allerdings die Wirkung dieser Einsprengsel auf die territoriale Integrität Rußlands. Doch weist der tschetschenische Nationalismus mit dem Sezessionsstreben seit 1990 und dem Tschetschenienkrieg 1994-96 auf die Risiken für Rußland und diese Völker selber hin. Nationale und ethnisch-kulturelle Minderheiten können in den kommenden Jahrzehnten den Bestand der "Russischen Föderation" in ihrem heutigen Umfang gefährden und einer Wiederherstellung der früheren Union über eine Staatenbund-Organisation der GUS entgegenwirken.

Darum erscheint es keineswegs sicher" daß es Moskau gelingen könnte.. eine "neo-imperiale" Politik zum Erfolg zu führen. Immerhin muß auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten damit gerechnet werden, daß russische Regierungen solche Versuche unternehmen. Damit ist in Europa die Kardinalfrage einer Achtung der Unabhängigkeit.. Souveränität und territorialen Integrität der ehemaligen westlichen Randländer Rußlands Ukraine und Weißrußland, der späteren Eroberungen im Baltikum, an der Moldau und in Transkaukasien, also von 8 europäischen Staaten (ohne Aserbaidschan) verbunden. Auch in dieser Hinsicht ist jede Vorhersage einer längerfristigen Entwicklung unsicher. Doch dürfte den Tendenzen in Rußland für eine Wiedervereinigung mit allen oder mit einigen dieser Länder, die sämtlich Sowjetrepubliken waren, das russische Interesse an und die Abhängigkeit Rußlands von guten Beziehungen zu Europa und den USA entgegenstellen – jedenfalls.. solange Rußland sich nicht wieder gekräftigt hat und seine Großmachtstellung ausfüllen kann. In diesem Sinne einer längerfristigen Entwicklung über mehrere Jahrzehnte ist die These des damaligen russischen Außenministers Andrej Kosyrew vom Sommer 1994 (in einem Artikel in Foreign Affairs "The Lagging Partnership") von einer natürlichen, historischen "Großmachtqualität" und "Weltmachtberufung" in Kontinuität über alle Schwächeperioden hinweg von Interesse. Dieses kritische Plädoyer an die amerikanische Adresse bringt eine Idee über Rußland zum Ausdruck, die nicht nur in der russischen Politik, sondern auch in der russischen Litera, tur und Geistesgeschichte Tradition seit dem 18.Jahrhundert hat und allem Anschein nach auch in den post-sowjetischen russischen Eliten noch lebendig ist. Sie ist Teil der politischen Kultur Rußlands und bezeichnet den Kern der "neoimperialen" Vorstellungen in Rußland unabhängig von der jeweiligen politischen Ausformung. Diese psychologische Realität, der gegenwärtig keine Realität der Macht entspricht, kann sich natürlich ändern oder abschwächen. aber sie kann eines näheren oder ferneren tages auch wieder Macht über Rußland gewinnen., wenn dieses sich gesammelt und sein' Machtpotential wieder erneuert haben würde. Zwar ist ein Wiederaufstieg zu einer Groß- und Weltmachtstellung (die die UdSSR nur militärisch, in der Kerntechnik und in der Raumfahrt ausfüllen konnte) unter den veränderten internationalen Verhältnissen sehr viel schwieriger als dies im europäischen oder selbst im eurasischen Maßstab bis über die Jahrhundertmitte gewesen war. Doch bleibt ein solcher Wiederaufstieg möglich wie zuvor – mutatis mutandis – im Falle Japans, Deutschlands oder seither Chinas.

Für Rußland **würde die** Koexistenz mit einer unabhängigen Ukraine, die dazu im Besitze der einst russischen (und **früher** tatarischen) Krim und den überwiegend russische besiedelten Ostens mit dem Donezbecken ist, längerfristig zugleich leichter und lohnender werden können, wenn sich die nationalpatriotischen Frustrationen in Moskau gelegt haben würden. Ob diese Entspannung eintreten wird, ist noch eine offene Frage, obwohl zumindest die derzeitige Führung sich mit der ukrainischen Unabhängigkeit abgefunden zu haben scheint und auf künftige wirtschaftliche Bindung der Ukraine an Rußland., dazu auf gemeinsame Verteidigung in der GUS als dem Rahmen einer "Re-Integration der ex-sowjetischen Sphäre" (Jelzin 1993-95) setzt. Ob ein solches Reintegrationsprogramm eines Tages Wirklichkeit wird und Erfolg hat, ist eine der entscheidenden Fragen für das Verhältnis Rußlands zu Europa und zu Asien., aber auch für die innere Entwicklung Rußlands und die Chancen einer künftigen neuen Größe als einer kulturell wie ökonomisch-technologisch und politisch relevanten Macht internationaler Verantwortung. Vorläufig sind die Mittel für eine effektive Reintegrationspolitik in der GUS oder auch nur mit der Ukraine und Weißrußland für eine "Ostslawische Union" oder "Union Souveräner Republiken" (Jelzin 1996) nicht vorhanden, wie das Beispiel der auf dem Papier mehrmals besiegelten "Union" mit Weißrußland (für die bisher der autoritär regierende Präsident Weißrußlands, Lukaschenko die treibende Kraft gewesen ist) und die folgenlos gebliebenen Versuche zu einer Zusammenfassung der GUS mit gemeinsamen Einrichtungen lehren. Doch könnte sich nach einer Überwindung der russischen Schwäche im Laufe der notwendigen Beendigung der "smuta" oder der gegenwärtigen "Zeit der Wirren" eine neue Perspektive für eine Reintegrationspolitik um Moskau ergeben. Eine solche Entwicklung würde längerfristig die gesamte Situation in Osteuropa und Zentralasien wieder verändern und das Problem der ausgewogenen Beziehungen zwischen Rußland und dem Rest Europas neu stellen können. Das Drängen aller westlichen Nachbarländer Rußlands in die NATO ist auch auf diese Eventualität zurückzuführen, deren Perzeption das stärkste objektiv nachvollziehbare Motiv für NATO-Beitritt ist. Hier stellt sich im Kern auch die baltische Frage als Kriterium europäischer Sicherheit wie die ukrainische.

Solche Eventualitäten beleuchten das Verhältnis Rußlands zum Westen allgemein., zu den USA als verbliebener Weltmacht und zu Europa mit EU und NATO im besonderen: Rußland sprengt die Maße Europas.; seine Masse ist in die EU nicht integrierbar ohne deren vollkommene Veränderung und Rußland bleibt dabei die kritische Masse der europäischen Sicherheit. Rußland ist auch in die NATO nicht integrierbar, solange diese ein festes amerikanisch-europäisches militär-politisches Bündnis mit gemeinsamer Verteidigung und gemeinsamem Krisenhandeln zur internationalen Friedenssicherung bleiben soll. Kooperation Rußlands mit EU und NATO auch in enger Assoziierung bleibt möglich und könnte sich in den kommenden 5 bis 10 Jahren realisieren lassen, wenn man von einer Übertragung und Verallgemeinerung der "Dayton"-Erfahrung seit 1995 in Bosnien-Herzegowina ausgeht. Die "Gründungsakte" vom Mai 1997 über eine Sicherheitspartnerschaft zwischen der NATO und Rußland (mit der Nebenbeziehung NATO-Ukraine) bietet eine Grundlage für praktische Sicherheitskooperation und Verständigung in Krisen. Längerfristig könnte daraus bei einem kontinuierlichen Interesse beider Seiten an gegenseitiger Annäherung ein Stabilitätsfaktor in Europa und auf dem eurasischen Kontinent hervorgehen: Die NATO ist nicht die KSZE und deshalb könnte der "NATO-Rußland-Rat" die Vorstufe für eine europäische Sicherheitsorganisation mit Rußland als Partner der USA., der NATO und der EU sein, also auch ein Pakt der Mäßigung und Vertrauensbildung auf der Basis der Anerkennung Rußlands als einer "Großmacht im Osten Europas" (Jelzin im Januar 1997).

Rußland wird nach einer solchen Behandlung streben und versuchen., so viel Einfluß auf die NATO zu gewinnen., wie es jeweils möglich würde. Das Ziel der Ebenbürtigkeit mit Amerika., das Breschnew in den 70er Jahren über Nuklearrüstung in großem Maßstab, Militärmacht und

strategischer Rüstungskontrolle in bilateralen Verträgen mit den USA zu erreichen suchte., wird Rußland auch langfristig nicht aus den Augen verlieren, sondern anstreben wie mit der Teilnahme an den "G-7"-Treffen im "G-8" oder "P-8"-Kreis, wobei Rußland den Besitz der Kernwaffen mit dem Privileg aus dem Sperrvertrag NPT und seine Stellung im VN-Sicherheitsrat zum internationalen Krisenmanagement im bilateralen Verhältnis zu nutzen suchen wird. Auch dafür wird der "NATO-Rußland-Rat" von Vorteil sein können., wenn er wirklich organisiert und genutzt wird. Natürlich ist die Erweiterung der NATO nach Osten in der russischen Perzeption ein Nachteil für Rußland., zumal das russische Denken noch stark territorial und militärisch geprägt ist. Hier stellt sich die Frage., ob diese Konstante der Geopolitik und Strategie auch künftig russische Außenpolitik bestimmen und die Globalisierung in der Militärtechnik zu einem neuen Ansatz ausgreifender russischer EinflußPolitik nutzen kann und wird. Diese Frage ist letztlich die interessanteste, falls es in absehbarer Zukunft zu einer tragfähigen Erneuerung und Kräftigung Rußlands kommen sollte., denn diese Fragestellung reicht weit über Europa hinaus und richtet sich auf globale Sicherheit und Rüstungskontrolle, auf die Handhabung des NPT und des CTBT, auf die VN und auf eine neue Bilateralität mit den USA, dazu auf China und Japan wie künftig auf Indien als einer potentiellen asiatischen Regionalmacht. Eine globale Definition russischer Interessen würde der europäischen und asiatischen nicht widersprechen., sondern beide in die eurasische Dimension Rußlands einordnen, wo auch Zentralasien als wirtschaftlich interessante Region neben der Golfregion Platz finden kann. Rußland als Land europäischer Zivilisation wird immer einen europäischen Vorrang aufstellen., dem im Innern der Partikularismus der Regionen in Abwehr des Moskauer Zentralismus sich zuwenden könnte., worauf in den Regionen Petersburg und Nowgorod, Kola, Wladimir, Nischnij-Nowgorod, Tula und Moskau selber erste ökonomische Orientierungen weisen.